

Laibacher Zeitung.

Nr. 71.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 28. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedem. 50 fr.

1867.

Mit 1. April

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1867:

Im Comptoir offen	2 fl. 75 fr.
Im Comptoir unter Convert	3 „ — „
Für Laibach ins Haus zugestellt	3 „ — „
Mit Post unter Schleifen	3 „ 75 „

Amthlicher Theil.

Das Finanzministerium hat die bei der Centraldirection der Tabakfabriken und Eindönsungsämter erledigte Stelle eines Directionsinspectors mit dem Titel und Charakter eines Finanzrathes dem Secretär daselbst Simon Sella und die dadurch erledigte Secretärstelle dem Concipisten daselbst Dr. Joseph Krükl verliehen.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat den bisherigen Supplenten am Lemberger Franz-Josephs-Gymnasium Sigmund Samolewicz zum wirklichen Lehrer am k. k. Gymnasium zu Przemyśl ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

S. Verzeichniß

der gespendeten Gewinne für die unter dem Protectorate des Laibacher Frauenvereins veranstaltete Wohltätigkeits-Effekten-Lotterie.

6 Dessertteller aus Porzellan, 1 rothsammetene Tasche mit Perstickerei. (Frau Maria Paulin, jubilirte Vice-Staatsbuchhalter's Gattin.)

1 Becher, 1 Briefbeschwerer aus Papiermaché mit feiner Perlenstickerei und rother Sammeteinfassung. (Von einer ungenannt sein wollenden Person.)

1 werthvolle Garnitur Goldknöpfe mit Dalmatin und Türkisen besetzt, neuester Façon, in Etui, bestehend aus 3 Stück Hemdbrustknöpfen, 2 Stück Mantelknöpfen und 6 Stück Giletknöpfen. (Frau Christine Ehrenreich, Gattin des Guts- und Fabrikbesizers Ehrenreich in Ponowitz.)

Seniffleton.

Das Polizeiwesen Krains während der franz. Zwischenregierung (1809—1813).

(Schluß.)

Interessant sind die wöchentlichen Polizeiberichte über die Stimmung des Landes. Es liegen uns solche von den Jahren 1810 und 1813 vor. Man muß gestehen, daß die französische Polizei eben auf das Schönfärben nicht ausging. Die Bewohner Krains — sagt ein Bericht vom 3. April 1810 — die mit Gleichgültigkeit (?) (avec indifférence) den Wechsel der Herrschaft gesehen haben, den der Friedensvertrag herbeiführte, sind weit entfernt, von Zuneigung für die neue Regierung durchdrungen zu sein. Die Hoffnung, unter Oesterreich zurückzukehren, welche durch die Heirath der österreichischen Prinzessin (Marie Louise) nur vergrößert werden konnte, ist verschwunden, und die Gewißheit, unter der französischen Herrschaft zu bleiben, hat auf den Geist der Bewohner Krains fast allgemein entnuthigend gewirkt. Die Landleute, die durch Requisitionen aller Art erschöpft sind, denen es an Vieh mangelt und die noch dazu gezwungen sind, die Transportfuhrer beizustellen, klagen, daß sie nicht wissen, wovon sie bis zur Ernte leben werden. Sie beschwerten sich, daß man sie als ein erobertes Volk behandelt, und diese Klagen, man muß es bekennen, sind nicht ohne Grund. Das Benehmen der Bürger Laibachs ist ganz tadellos, sie scheinen von den besten Absichten erfüllt zu sein, und sie bemühen sich, selbst Beweise von ihrem Wunsche zu geben, sich der

Laibach, 28. März.

Zur inneren Angelegenheit begegnen wir in der „Wiener Zeitung“ einem beachtenswerthen Artikel, dem wir hier vollinhaltlich Raum geben. Das genannte Blatt schreibt:

„Organe, welche den Anspruch erheben, als Vertreter der conservativen Interessen in Oesterreich zu gelten, stellen die Behauptung auf, daß der demnächst einzuberufende Reichsrath im Grunde als Constituante fungiren werde, und suchen damit ihre Furcht vor allerlei ultrademokratischen Ausschreitungen zu rechtfertigen, deren man sich von dem Reichsrathe zu versehen habe. Wir glauben, daß weder jene Anschauung richtig, noch diese Gefahr begründet ist. Viel eher hätte man Ursache gehabt, den außerordentlichen Reichsrath eine Constituante zu nennen, und man wird sich erinnern, daß gleichwohl seinerzeit in conservativen Kreisen keineswegs die Besorgniß geherrscht hat, der außerordentliche Reichsrath werde sich destructiven Tendenzen hingeben. Es handelt sich bei uns nicht darum, eine verfassungsmäßige Grundlage erst zu gewinnen, etwas unbedingt Neues zu schaffen; diese Grundlage ist vorhanden: sie besteht für die nicht ungarischen Länder der Monarchie in dem Octoberdiplom und den Februarpatenten. Es handelt sich darum, diese zu Recht bestehende Verfassung zu revidiren, vorzüglich in dem Sinne, um sie mit dem ungarischen Staatsrecht in Einklang zu bringen. An den Reichsrath kann nicht die Aufgabe herangetragen werden, welche die constituirenden Versammlungen des Jahres 1848 in Paris, in Frankfurt, Wien und Berlin gehabt haben mögen. Die Regierung hat sich aufrichtig und entschieden auf den Boden der Verfassung gestellt, sie hat wiederholt erklärt, daß sie ihrerseits dieselbe als bindend anerkenne; man hat also nicht Ursache zu besorgen, daß sie daran denke, mit einer Constituante zu experimentiren. Die Verfassungsrevision ist durchaus nothwendig — das wird von allen Seiten eingeräumt. Es hat nicht an Tendenzen gefehlt, für das Werk der Revision Standpunkte zu gewinnen, die dem Geiste des Jahres 1848 ungleich näher lagen, als den Anschauungen des Octoberdiploms und der Februarpatente. Indem die Regierung an diesen Grundgesetzen festhielt, trat sie zugleich jenen Versuchen entgegen. Man sollte denken, daß sie sich dadurch ein Recht auf den Dank der wahrhaft erhaltenen Elemente erworben habe.“

Die Opposition der letzteren gegen die Absicht, die Verfassungsrevision auf verfassungsmäßigem Boden durchzuführen, ist nicht frei von innern Widersprüchen. Man könnte es allenfalls begreiflich finden, daß die liberale Partei von ihrem Standpunkte den Ergebnissen einer

auf solcher Grundlage sich vollziehenden Revision mit einiger Besorgniß entgegensteht. Daß derlei Bedenken auf conservativer Seite gehegt werden, ist weniger erklärlich. Es giebt in der Welt keine Constitution, in welcher für die Pflege der conservativen Interessen so viel und so Durchgreifendes geschehen wäre, als die österreichische Februarverfassung. Bürgschaften in dieser Richtung sind nicht nur durch die Schöpfung des Herrenhauses gegeben, sondern es ist zugleich Sorge getragen, daß die erhaltenen Factoren auch im Abgeordnetenhaus ihre ausreichende Vertretung finden. Es ist festgesetzt, daß Abänderungen der Verfassung nur mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen, im Ober- und Unterhaus, beschloffen werden können. Es fehlt nicht an anderweitigen Bestimmungen in der Verfassung, die lediglich zu Gunsten der conservativen Principien gemacht und nicht von ultraliberalen, sondern selbst von sehr gemäßigten Stimmen zu verschiedenen Zeiten als zu weit gehend bezeichnet worden sind. Wenn die conservative Partei vor diesen Thatfachen die Augen verschließt, wenn sie es nicht versteht, diese Sachlage zu würdigen, so scheint sie uns keineswegs in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse zu handeln.

Die Eingangs erwähnten Organe sprechen von einem Drucke, welcher anlässlich der Wahlen aus dem Großgrundbesitz in die Landtage von Böhmen und Mähren auf die conservativen Bestrebungen ausgeübt worden sei oder noch ausgeübt werde. Wir wissen nur, daß gerade in jenen Kreisen, welche als ausschließliche Prärogative das Prädicat „conservativ“ für sich in Anspruch nehmen, alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, alle erdenklichen Mittel angewendet worden sind, um für sich die Mehrheit zu erlangen, und finden es ganz natürlich, daß der Druck einen Gegendruck hervorruft. Daß diese Gegenbestrebungen bisher den Boden des Rechtes und der Verfassung verlassen hätten, wird sich ebensowenig behaupten lassen, als daß sie anticonservativer Natur seien. Man prüfe nur die Candidatenlisten, welche in Böhmen und Mähren für die Wahlen im Großgrundbesitz von der Verfassungspartei aufgestellt worden sind. Sie gewähren ohne Zweifel den erhaltenen Factoren eine ausreichende Vertretung. Wenn hiernach die Beschuldigung erhoben wird, daß man die conservativen Kräfte auf die Seite zu schieben bemüht sei, so wird es noch gar sehr darauf ankommen, was man unter wahrhaft erhaltenen Elementen zu verstehen habe.“

Unter den auswärtigen Fragen ist es die Luxemburgische, welche im Vordergrunde der politischen Discussion steht, aber auch die widersprechendsten Versionen erzeugt. Während man an der Pariser Börse am 23. d. M. eine Haufe erzeugte, indem das Gerücht

neuen Ordnung der Dinge anzuschließen, aber der Adel ist nicht von demselben Geiste beseelt, er bemüht sich nicht, seine Gefühle zu verbergen, und seine Aeußerungen sind nicht ohne Tadel (Ses paroles ne sont point exemptes de blâme). Der Clerus, dessen Einfluß auf das Volk alles vermag und der ihn auf nützliche Weise verwenden könnte, scheint nicht geneigt, von ihm jenen Gebrauch zu machen, den ihm die Pflichten seines Amtes vorzuschreiben scheinen. Indes darf man die Hoffnung nicht aufgeben, der großen Menge Neigung zur französischen Regierung einzuschleusen, wenn die Geistlichkeit, welche die Meinung der Bevölkerung nach ihrem Belieben leiten kann, sie zu jenem Ziele leiten wird.

Der Bericht vom 10. April sagt: Der Geist der Bevölkerung ist derselbe, er ist dem neuen Gouvernement wenig günstig, und es ist nicht wahrscheinlich, daß er sich ändern wird, wenn sich die ihn bestimmenden Verhältnisse nicht ändern. Die zunehmenden Verbrechen und Räubereien sind eine Folge des Elends und wachsend durch die Straflosigkeit, da die Gerichtsbehörden unterdrückt sind und ihre Functionen nicht mehr ausüben. Es wird jeden Tag dringender, strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die Räubereien zu unterdrücken und den Ausartungen der Uebelthäter ein Ziel zu setzen, welche die Provinz mit einer täglich erschreckenderen Kühnheit verwüsten (desolent), — und unter dem 19. Mai heißt es: Dieselbe Stimmung, man bemerkt stets eine sichtliche Entfremdung dem französischen Gouvernement gegenüber. Die Beamten beklagen sich, daß sie ihre Stellen verloren haben, während doch der Vicekönig (Eugen Beauharnais) sie ihnen zugesichert hatte. Die Beamten von Idria wandern aus und nehmen Pässe ins Ausland.

In Michelstetten hat sich eine Art Aufstand gezeigt, die Bauern verlangten die Contributionsgelder

zurück. Die Verhaftung einiger Räubersführer stillte die Bewegung. — Der letzte uns bekannte Bericht des Jahres 1810 (31. Mai) spricht eine Verdächtigung gegen die einheimische Bevölkerung aus, indem er insinuiert, nicht eine lobenswerthe Anhänglichkeit an die alte Regierung, sondern das persönliche Interesse habe alles dem französischen Regime entfremdet. Die Bürger und die Bauern sind durch Contributionen erschöpft und der Adel, der auch außerordentliche Lasten tragen müsse, fürchte zudem, seine Rechte und Privilegien zu verlieren. Es zeige sich ein passiver Widerstand der Bauern gegen die Befehle der Regierung, eine Renitenz in Bezahlung der Abgaben, welche (im Juni 1810) zur Arretirung eines ehemaligen Angestellten der Tabakadministration, Namens Keubel, führte, der die Bauern aufwiegelte, die grundherrlichen Gaben zu verweigern. Blättern wir um drei Jahre weiter, so finden wir uns (April 1813) schon in den letzten Tagen der französischen Herrschaft. Es sind die regelmäßig halbmonatlich von dem damaligen, vor kurzem als Magistratsrath hier verstorbenen Polizeicommissär K. an den damaligen Maire der Stadt Laibach, Baron Codeli, erstatteten Rapporte, welche der Maire auf der Nebenseite ins Französische zu übertragen und mit seinen eigenen weiter reichenden Beobachtungen zu vermehren pflegte. Das Hervorstechendste in diesen Berichten sind Klagen über den Mangel an Geld in Folge der Ausfuhrverbote, besonders hinsichtlich des Roheisens, über Nichtbezahlung von Pferdeleistungen und den bevorstehenden Ruin des Landes. Der Abschluß des Prager Waffenstillstandes (Juli 1813) veranlaßt den Maire, die Gefühle der Kaffeehauspolitiker in Bezug auf denselben, mit welchen übrigens alle Welt harmonire, zur Kenntniß der französischen Machthaber zu bringen. Die Absicht eines gewissen Pirottini aus Italien, in Voraus-

ausgestreut wurde, der „Moniteur“ werde am darauffolgenden Tage, also am 24., eine Note bringen, worin Frankreich erfahren würde, daß der König von Preußen Stadt und Festung Luxemburg dem Kaiser Napoleon als Beweis seiner Freundschaft und Hochachtung zum Geschenke gemacht habe, wird diesem, wohl gelinde gesagt, unsinnigen Gerüchte gegenüber von einem Pariser Correspondenten der „Ind.“ hervorgehoben, daß diese Angelegenheit letzterer Zeit sehr ernst geworden sei. Graf Bismarck, so erzählt derselbe, habe nach Paris vertrauliche Eröffnungen gelangen lassen, des Inhaltes, daß Preußen den allerliebsten Wunsch hege, mit Frankreich im besten Einvernehmen zu leben, daß es bereit sei, hierfür alle Garantien zu geben, daß es keine angreifende Politik gegen Frankreich verfolgen wolle. Aber Preußen und Deutschland würden sich zu verteidigen wissen, und er — Graf Bismarck — erfülle seine Pflicht, indem er von Frankreich Beweise und Garantien friedliebender Gesinnungen gegenüber von Deutschland verlange, Preußen könne Luxemburg nicht in französischen Besitz übergehen lassen, man möge also in Paris diesen Gedanken fahren lassen. Man wisse es — soll Graf Bismarck hinzugefügt haben — in Berlin ganz gut, daß Frankreich jetzt nicht bereit sei, und die preussischen Staatsmänner wären strafbar, so lange zu warten, bis es zu einem Kriege gehörig gerüstet sein würde, wenn sie die Ueberzeugung haben sollten, daß die Politik des Kaisers Vergrößerungsprojecte auf Kosten Deutschlands hege.

An dieser Version mag wenigstens so viel Wahres sein, daß Preußen vorderhand das Geschäft mit Luxemburg, welches Frankreich abzuschließen im Begriffe ist, nicht ungestört vollziehen zu lassen gesonnen sei. Nach Berliner Mittheilungen sollen indeß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Holland schon so weit vorgeschritten sein, daß wahrscheinlich Preußen entweder sehr entschiedene Haltung annehmen, um die weit gediehenen Abmachungen rückgängig zu machen, oder mit einer anständigen Abfindung sich begnügen müsse. Im Berliner Kriegsministerium wird in Erwägung gezogen, ob die Garnison Luxemburgs zu verstärken sei. Bei diesem Anlasse machen preussische Blätter darauf aufmerksam, daß Preußen seit dem Pariser Frieden von 1815 das vertragsmäßige Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg besitze, ohne daß diese bloß und allein in militärischer Beziehung getroffene Uebereinkunft dem landesherrlichen Rechte des Königs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg, auf die Stadt und Festung Luxemburg den geringsten Eintrag thun könnte. Auch wird daran erinnert, daß Bismarck in seinen letzten Reden die Luxemburger Frage nicht als solche charakterisirt habe, welche Deutschland, speciell Preußen, unmittelbar berühre, daß sie also lediglich nach Zweckmäßigkeitsgründen beurtheilt werden müsse. Man will, wie es scheint, die Gemüther darauf vorbereiten, daß Preußen sich mit einer „anständigen Abfindung“ zufrieden geben könne!

Zur orientalischen Frage ist die wichtigste Tagesnachricht die, nach welcher Rußland, Frankreich und Oesterreich von ihrer Absicht, der Pforte die Abtretung Candias zu empfehlen, in Folge der Weigerung Englands, an diesem Schritte theilzunehmen, abstecken. Wie das „Memorial diplomatique“ überdies erzählt, hat die Pforte im vorhinein erklärt, daß sie in die Abtretung Kreta's nicht willigen würde. — Lord Stanley erklärte dieser Tage im Unterhause, daß England keine Garantie für die Souveränitätsrechte der Pforte auf Serbien übernehme. — Es muß abgewartet werden, welche Stellung Rußland zur gegenwärtigen Phase der orientalischen Frage einnehmen wird.

sicht des hierher zu verlegenden Hauptquartiers des Vizekönigs eine Spielbank in Laibach zu etabliren, wurde durch die Wachsamkeit des Maire's vereitelt. Die Anstalten, das Laibacher Fort (auf dem Schloßberge) in Vertheidigungsstand zu setzen, in der ersten Hälfte des August 1813 veranlaßten den Maire, die Befehle der Einwohner auszusprechen und das französische Gouvernement für die Sicherheit derselben und insbesondere ihres Eigenthums verantwortlich zu machen. Demungeachtet versichert er das Gouvernement, daß die Einwohner sich tadelloß verhalten. Die Klagen steigern sich in der ersten Hälfte des September 1813, indem die Befestigungsarbeiten, zu den die Stadt die Arbeiter liefern mußte, die Militäreinquartierung und die verschiedenen Requisitionen fast unerträglich wurden, dazu noch Excesse und Plünderungen durch die französischen Soldaten, welche dem Maire den Vergleich mit der strengen Disziplin der Franzosen bei ihrem ersten Einmarsche (1797) aufdrängten und ihm das Bedauern über dieses Benehmen einer Armee aussprechen ließen, welche die Beschützerin (la protectrice) dieser Provinzen sein sollte. Der Maire wendete sich mit der nachdrücklichen Bitte an den Intendanten, er möge dem Vizekönige ernste Vorstellungen machen, um strenge Maßnahmen gegen das Militär zu erzielen. Uebrigens muß dabei in Betracht gezogen werden, daß die österreichische Armee bereits Laibach in Blockadestand versetzt und die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten hatte. Am 3. October 1813 rückten 4 bis 5000 Oesterreicher in die Stadt ein, und am 5. capitulirte das Castell und die letzten Franzosen, 250 an der Zahl, wurden in die Kriegsgefangenschaft nach Carlstadt abgeführt.

Oesterreich.

Ofen, 26. März. Sr. Majestät der Kaiser sind in Begleitung des ersten Generaladjutanten FZM. Grafen Crenneville und des Staatsrathes v. Braun um 5 1/2 Uhr hier angekommen und haben sich in die Ofener Burg begeben. Um 8 Uhr unternahmen Allerhöchstdieselben einen Jagdausflug nach Gödöllö. Der Ministerpräsident Graf Andrássy fuhr mit Sr. Majestät in demselben Wagen.

Reichenberg, 24. März. Gestern ist auf die dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beust erstattete Anzeige von dessen einstimmig erfolgter Wahl zum Landtagsabgeordneten folgendes Telegramm an die Handels- und Gewerbekammer gelangt: „Sage nochmals meinen besten Dank für die auf mich gefallene und mich im hohen Grade ehrende Wahl. Beust.“ Mit Bezug auf diese Wahl schreibt die „Reichenb. Ztg.“: Diese Wahl war in keiner Weise und von Niemandem vorbereitet oder beeinflusst, was wir zur Steuer der Wahrheit und um die Spontaneität der Gesamtheit der Kammer zu constatiren, ausdrücklich bemerken wollen, — da vielmehr nach einer kurzen Besprechung der Wähler, die erst am Wahltag selbst stattfand und auf die von Sr. Excellenz eingeholte Zustimmung sich sofort die lebhafteste Acclamation für die Wahl kundgab, so können nur Motive der klarsten Entschiedenheit, die so zu sagen bereits Gemeingut aller Bevölkerungsschichten geworden sind, bestimmend für den Beschluß der Wähler gewesen sein; der Name Beust scheint sogleich im Moment, da derselbe genannt ward, als präcises, von jedem der zur Wahl Versammelten gebilligtes, daher jede Discussion entbehrlich machendes Programm gegolten zu haben.

Graz, 26. März. Der erste Spatenstich zum Baue der Rudolfsbahn auf steierischem Boden wurde bei Judenburg am 20. März gemacht. Baumeister Zearo hat dort an diesem Tage den Bau der ihm überwiesenen Strecke begonnen. Glück auf dem wichtigen Unternehmen, auf dessen Gelingen unser Heimatland so viele Hoffnungen setzt!

Agram, 23. März. Die Rekrutierung nach der neuen Wehrordnung ist im Agramer Central-Stuhlbezirk bereits beendet, und wurden von 400 Gestellten 130 assentirt. — An den Bischof Strossmayer dürfte, wie „A. L.“ erzählt, in Václav ein päpstliches Breve ergehen, daß ein Fachcomité zur Revision aller glogolitischen Kirchenbücher constituiert werde.

Triest, 26. März. Von dem aus den Herren Constantin Freiherrn von Reyer, Elio Freiherrn v. Morpurgo, Anton Ritter v. Vieco, P. Revoltella, A. di St. Kalli, E. Rittmeyer bestehenden Comité, welches sich gebildet hat, um die Erinnerung an den glänzenden Sieg bei Vissa durch die Ueberreichung eines passenden Geschenkes an den Herrn Viceadmiral v. Tegetthoff zu feiern, wird der „Tr. Ztg.“ folgender Aufruf zur Veröffentlichung mitgetheilt:

„Bewohner von Triest! Im verflossenen Jahre bedrohten uns schwerste Kriegsdrangsale; Leben und Eigenthum, so wie unsere wichtigsten Interessen wären der Vernichtung preisgegeben gewesen und ein in kaum mehr als einem halben Jahrhundert schon dreimal erlittenes Unglück hätte uns neuerdings heimgesucht. Wir entrannten der Gefahr durch den Heldennuth des mannhaften Viceadmirals v. Tegetthoff, des Anführers einer tapferen Flotte, der, bei Vissa im verwegenen Kampfe siegreich, die Freiheit des Meeres und des Handels sicherte, uns zum Heil und Dank. Geben wir ihm dessen ein dauerndes Zeichen; steuern wir zu einem Kunstwerke bei, das ihm ein Andenken sei unserer immerwährenden Bewunderung und Dankbarkeit. Der Präsident des Comité's: Reyer.“

Beiträge werden im ebenerdigen Saale des Börsengebäudes in Empfang genommen, wo auch eine photographische Abbildung und die Beschreibung der zum Geschenke bestimmten allegorischen Gruppe in Silber, so wie eine Abschrift der Widmungsurkunde zur Einsicht aufzulegen. Für jeden Gulden Beisteuer wird ein Empfangschein (ricordo) ausgestellt, der zur Unterzeichnung der Original-Urkunde berechtigt, welche dem Viceadmiral v. Tegetthoff gleichzeitig mit dem Geschenk überreicht werden soll.

Russland.

Karlsruhe, 23. März. Das „Frankf. J.“ läßt sich folgendes telegraphiren: Berlin, 22. März. Es wird versichert, daß mit den Südstaaten, Württemberg ausgenommen, bereits eine Einigung über die künftige Bundesacte erzielt sei. Dieselbe soll gleich nach der Constituirung des Nordbundes formulirt und proclamirt werden. Wie man weiter sagt, soll dies der eigentliche Anstoß zur Reise Benedetti's gewesen sein. Diese Nachricht ist, wie der „Karlsruh. Ztg.“ mitgetheilt wird, um so mehr aus der Luft gegriffen, als irgendwelche Unterhandlungen der bezeichneten Art überhaupt nicht stattgefunden haben.

Florenz, 23. März. Die „Italia“ meldet: Die vorzüglichsten Mitglieder der Majorität haben sich gestern bei dem Conseilpräsidenten versammelt, um die hauptsächlichsten Fragen zu prüfen, welche der Kammer zu unterbreiten sein werden. Die Versammlung zeigte sich vom vornehmlichsten Geiste befeelt. Heute Abends

wird eine noch zahlreichere Versammlung abgehalten werden. Alles läßt hoffen, daß ein ernstes Einverständnis zwischen dem Ministerium und der Majorität hergestellt werden wird. Demselben Organe zufolge wird in der Kammer ein Supplement zum Budget zur Vertheilung gelangen, das, wie es heißt, Ersparungen im Betrage von 30 Millionen nachweisen wird.

Paris. Ueber das Luxemburger Kaufgeschäft schreibt die „Liberté“: „An der Börse lief das Gerücht, daß Preußen zu der Abtretung Luxemburgs an Frankreich seine Zustimmung gegeben hätte. Von anderer Seite sagt man uns, daß zwischen England und Frankreich ein Einvernehmen hergestellt sei, Holland gegen jeden Versuch Preußens, Luxemburg zu annektiren, zu schützen.“ „La Presse“ schreibt über diese Angelegenheit: „Eine oftmals in Abrede gestellte Neuigkeit circulierte heute wiederum unter den Deputirten. Luxemburg wäre vom Könige der Niederlande an Frankreich abgetreten und eine Entschädigung von 100 Millionen würde diesem Souverän aus dem französischen Staatschatz gezahlt werden. Die Abtretung würde binnen 24 Stunden amtlich im „Moniteur“ gemeldet werden. Ein Courier wäre heute von dem Minister des Aeußern nach dem Haag expedirt worden.“

Londoner unterrichtete Briefe sprechen übereinstimmend von dem Entschlusse der Königin Victoria, nochmals zu einer morganatischen Ehe zu schreiten, und stellen es als wahrscheinlich dar, daß für den Fall dieser Entschluß zur Ausführung kommen sollte, eine Abdankung damit Hand in Hand gehen würde.

Tagesneuigkeiten.

— (Ungarische Krönungsmesse.) Der „Standard“ läßt sich melden, daß Abbe Lipt längst eine Messe für die Krönung Sr. Majestät des Kaisers als König von Ungarn vollendet hat und daß er der Aufforderung gewärtig ist, sie selbst beim Krönungsfeste zu dirigiren.

— (Esterhazy'sche Angelegenheit.) Wie die „Morgenpost“ erzählt, scheint die Esterhazy'sche Angelegenheit zum Gegenstande diplomatischer Auseinandersetzungen werden zu sollen. Das Comité der in Frankfurt befindlichen fürstlich Esterhazy'schen Gläubiger hat sich nämlich an die preussische Regierung mit der Bitte gewendet, daß diese für die verkürzten Rechte der Gläubiger, die nunmehr preussische Staatsbürger geworden sind, eintrete. In Folge dessen ist nun der Vertreter Preußens am Wiener Hofe, Baron Werther, vom Grafen Bismarck beauftragt worden, sich Aufklärungen über die Sache zu erbitten, und hat Baron Werther dießfalls eine Note an das Ministerium des Aeußern gerichtet.

— (Brennerbahn.) Bei der Brennerbahn ist man, wie der „Tiroler Bot.“ vernimmt, auf unerwartete Hindernisse gestoßen, welche die Vollenbung dieses Meisterwerkes technischer Kunst möglicher Weise etwas hinausschieben dürften. Der zur Einwölbung der Tunnels benötigte Nagelstein nämlich hat sich in den zwei Tunnels unter Patsch und Mählthal nicht stark genug erwiesen, um dem ungeheuren Druck des Berges zu widerstehen, und soll im wahren Sinne des Wortes von der gewaltigen Wucht germalmt worden sein, so daß eine theilweise neue Einwölbung mit Granit nothwendig geworden ist.

— (Der Wetterprophet Herr Seyces.) prophzeit für den April eine gleiche Bitterung, wie wir sie im bisherigen Verlaufe des März hatten; im ersten Monatsviertel kleine Ueberschwemmungen in tiefer liegenden Gegenden, im letzten Viertel einige frostige Nächte. Der Mai soll einige Schneegestöber, am meisten auf den Grenzgebirgen, bringen.

Locales.

— (Landtagswahlen.) Gestern wählte die Landeshauptstadt ihre Abgeordneten für den Landtag; das Scrutinium ergab die Majorität der Stimmen, deren bei 650 abgegeben wurden, für die vom Centralcomité vorgeschlagenen beiden Herren Dr. Karl v. Wurzbach und Dr. v. Kallenegger, welche sogleich als gewählt erscheinen. Wir glauben die Befriedigung, mit der dieses Wahlergebnis in der Bevölkerung aufgenommen wurde, deshalb constatiren zu müssen, weil wir das Wahlergebnis der Landeshauptstadt als den treuen Ausdruck der Gesinnungen des intelligentesten Theiles der Bevölkerung betrachten, was dieser Wahl eben darum auch eine moralische Bedeutung verleiht, welche zu schmälern man sich umsonst bemühen wird. — Bei der gestern Nachmittag stattgehabten Wahl der hiesigen Handelskammer wurden die Herren Doctor Lovro Toman und Johann Nep. Horak gewählt. — Aus den Wahlen der Städte und Märkte gingen hervor in Adelsberg Herr Obresja; in Jozia Herr Ritter von Gariboldi; in Neumarill Herr Dr. Preuß; in Krainburg Herr Handelsmann Jugovik. — In den Landgemeinden Mötting und Tschernembl wurde der frühere Abgeordnete Herr Kramerie wiedergewählt.

— (Berichtigung.) Die gestrige Nummer der „Novice“ enthält ein Schreiben, worin eine Reihe von Abhandlungen des Dr. Millosich aufgeführt wird, die angeblich in der k. k. Studienbibliothek nicht vorhanden sein sollen. Hätte sich der Einsender die Mühe genommen, die Handschriften und Sitzungsberichte der k. k. Akademie in die Hand zu nehmen, so wäre er eines Besseren belehrt worden sein. Gleichzeitig wäre ihm der Wahn, als ob J. V. Evangelium

S. Matthaei und andere Werke von Miklosich unserer Bibliothek fehlten, erspart worden, wenn er sich an die bibliothekarischen Schlagwörter (in diesem Falle Matthaeus) gehalten hätte. Uebrigens hat die Bibliotheksverwaltung bereits Schritte gethan, die drei aus früherer Zeit fehlenden Nummern der Miklosich'schen Werke herbeizuschaffen.

— (Benefice.) Kommen den Samstag wird zum Benefice des sehr geschätzten Vassisten Herrn Melius Halle's „Jubin“ gegeben. Wir zweifeln nicht an einem sehr zahlreichen Besuche.

— (Nachtrag.) Zu den Landtagswahlen erfahren wir nachträglich, daß in der Stadt Rudolfs werth Herr Dr. Suppan; in Gottschee Herr Johann Kozler gewählt wurden. — Während sich das Blatt bereits unter der Presse befand, erfuhren wir, daß von Seite der Handelskammer nicht Herr Joh. Rep. Horak, sondern Herr Professor Dr. Kun als Abgeordneter gewählt wurde.

Aus dem Landesausschuß.

In der Sitzung am 20. März l. J. wurde zuerst die Einleitung zur Constituirung des Stenographen-Bureau's für die nächste Landtags-Session getroffen, und hiebei principiell festgesetzt, daß zur Ersparung von Kosten künftighin nur zwei Stenographen, welche jedoch beide des Stenographirens in slovenischer Sprache vollkommen mächtig sein müssen, aufzunehmen seien.

Zur Durchführung des in der letzten Session gefaßten Beschlusses wegen Verlegung der Landtags-Sitzungen in den Redoutensaal wurde beschlossen, im nächsten Monate gemeinsam einen Vocalausgleich mit Zuziehung des landeschaftlichen Baninspicienten vorzunehmen und auf Grundlage des zu vereinbarenden Projectes den Kostenüberschlag verfassen zu lassen.

Ueber einen Bericht der Landesbuchhaltung, daß der gegenwärtige bare Cassenstand des Landesfondes mit den in nächster Zeit zu gewärtigenden currenten Einnahmen zwar zur Bestreitung der laufenden Ausgaben hinreiche, daß jedoch zur Deckung etwaiger größerer Auslagen für die Beschaffung eines entsprechenden größeren Vorrathes Vorsorge zu treffen wäre, werden nachstehende Anträge des Herrn Referenten Dr. Zoman genehmigt: 1. Auf Erlaßung einer Note an die hiesige l. l. Finanzdirection um gefällige Flüssigmachung der systemmäßigen Staatsdotations an den ständischen Fond nach dem Präliminare pro 1867 von 16.275 fl. 34 kr. in monatlichen Anticipatraten von 1356 Gulden 27 1/2 kr.; 2. auf Absendung eines Gesuches an das k. k. Staatsministerium um geneigte Verfügung, daß der aus den Jahren 1861 bis inclusive 1863 resultirende Dotationsrest von 9160 fl., worüber die Verhandlung seit dem Jahre 1835 schwebt, an den ständischen Fond ehestens eingezahlt werde; 3. wegen Anweisung der landeschaftlichen Kasse vorstehend, daß einstweilen die ganze disponible Vorschuss des Peter Paul Glavar'schen Fondes sozgleich vorschussweise an den Landesfond gegen feinerzeitigen Rückerhalt und mittlerweilige 5perc. Verzinsung abgeführt werde; 4. auf sofortige Kündigung des vom Landesfond vor einem Jahre an den hiesigen Stadtmagistrat gegen ordnungsmäßige Verzinsung dargeliehenen Capitals von 20.000 fl. (Nächstlich dieses Darlehens ist zwar vertragmäßig eine halbjährige Kündigungsfrist festgesetzt, der Herr Landesausschußrath und Bürgermeister Dr. E. H. Costa erklärt jedoch, daß gegen die Erhebung dieses Capitals noch vor Ablauf des Kündigungs-termines, allenfalls binnen 4 Wochen, kein Anstand obwalte.)

Ueber ein Gesuch des Gemeindevorstandes in Littoi wegen Erhöhung einiger Marktstandsgebühren wird beschlossen, in der nächsten ordentlichen Session eine Landtagsvorlage behufs Zustandebringung des diesfalls erforderlichen Landesgesetzes zu machen.

Ein Einschreiten der Gemeinde Zablanitz in Inner-Train, um Gewährung eines Vorschusses von 881 fl. 35 kr. aus dem Landesfond zur Bestreitung eines fälligen, auf diese Summe sich belaufenden Schulbaukosten-Concurrenzbeitrages, oder doch um Erwirkung einer Zahlungsfrist bis Ende Juni l. J., da die contributionspflichtigen Gemeinde-Ansassen wegen der letzten schlechten Ernte und in Folge der Nachwehen des Krieges in Italien sich sämmtlich in der drückendsten Nothlage befinden, wird dahin verbeschieden, daß der Landesausschuß instructionsmäßig zur Bewilligung von Vorschüssen aus dem Landesfond nicht ermächtigt sei, daß er sich jedoch an das l. l. Bezirksamt Adelsberg um Zuziehung der erbetenen Frist wende. Uebrigens wird der Gemeindevorstand in Erwägung, daß zur Förderung der Schulzwecke eine thunlichste Unterstützung der Gemeinde billig erscheint, ausdrücklich bedeutet, daß es ihr freigestellt bleibe, wegen Erwirkung eines Vorschusses oder Darlehens aus dem Landesfond für den fraglichen Schulbau beim hohen Landtage unmittelbar zu petitioniren.

Eine vorliegende neuerliche Petition der Gemeinde Dole um Genehmigung zur Erhebung einer Gemeinde-Auflage von 5 kr. für jedes fremde, in den Gemeindegrenzen auf die Weide getriebene Schaf wird dem hohen Landtage beim nächsten Zusammentritte wieder unterbreitet werden.

Da das Bedürfnis eines, sowohl die neue politische und gerichtliche Eintheilung des Landes, als auch die der Gemeinden und der zu denselben gehörigen Ortschaften, dann der neuen Straßen-Comité-Bezirk umfassenden Schematismus täglich mehr hervortritt, so beschließt der Landesausschuß, an die l. l. Landesregierung das Ansuchen zu richten, die Zusammenstellung und Drucklegung eines solchen ehebentlich veranlassen zu wollen und denselben sonach durch das Landesgesetzblatt zu veröffentlichen.

Die in Anregung gekommene Frage, ob es nicht vortheilhafter wäre, die im Zwangsarbeits-hause nöthigen Regie- und Fabrikserfordernisse im Pictationswege beizustellen, wurde nach eingehender Erörterung verneinend entschieden, und also der bisherige, für den Fond erfahrungsmäßig günstigere Beistellungsmodus durch Handeinkauf Seitens der Urproducen-ten oder betreffenden Fabriken ohne Vermittlung von Zwischenhändlern auch künftighin bis zur definitiven Regelung dieses Gegenstandes mittelst der zu erlassenden Instruction beibehalten.

Ferner wurde die Zwangsarbeits-haus-Verwaltung über ihr Ansuchen ermächtigt, für die Anstalt mehrere chirurgische Instrumente um den Kostenbetrag von 42 fl. anzuschaffen.

Ein Ersuchsschreiben der l. l. Grundlastenablosungs- und Regulirungslandescommission, daß für die beim Ablosungsgeschäfte verwendeten l. l. Beamten, welchen bei der jüngsten Organisation eine Beförderung zu Theil geworden, nunmehr auch die erhöhten Gehalte aus dem Grundentlastungsfonde flüssig gemacht werden mögen, wird dahin zu beantworten beschlossen, daß sich der Landesausschuß zur Anweisung dieser im Präliminare nicht vorgesehenen höheren Bezüge nach seiner Instruction nicht für berechtigt halte, daher erst die Entscheidung des hohen Landtages in der nächsten Session einholen werde, falls es die hohe l. l. Regierung nicht etwa angemessener fände, diesfalls unmittelbar mit einer Regierungsvorlage vor den hohen Landtag zu treten. Für ersteren Fall ersucht der Landesausschuß um die Bekanntgabe der Motive, aus welchen gesetzlichen Titel die hohe Regierung die Bezahlung dieser erhöhten Gehalte aus dem Grundentlastungsfonde beanspruchen zu können glaube.

Schließlich wurden einige Personalangelegenheiten erledigt und der Besetzungsvorschlag für einen erledigten Schellenburg'schen Stipendiaten in der Theologischen Akademie nach dem Antrage des Herrn Referenten angenommen.

Juristische Gesellschaft in Laibach.

Tagesordnung

der
LV. Versammlung, welche Freitag den 29. März Abends 6 Uhr im Gesellschaftslocale abgehalten wird.

1. Lesung des Protokolls der LIV. Versammlung.
2. Geschäftliche Mittheilungen.
3. Beschlusfassung in Betreff der diesjährigen Generalversammlung.

4. Plaidirung über nachstehenden Rechtsfall:

Im Jahre 1723 verkaufte das Akerar einen Zehent mit dem Beifuge, daß er frei sein solle ab omnibus oneribus; in Ausführung dieser Gewährleistung ward der Käufer schon im Laufe des vorigen Jahrhunderts gegenüber verschiedenen öffentlichen Lasten, Kriegscontributionen u. schädlos gehalten; schließlich im Jahre 1816 aus Anlaß des 5perc. Urbarial-Steuerabzuges ihm auf die Dauer dieses letzteren für den diesfälligen bei den Zehentholden erleidenden Entgang die Zahlung jährlicher 260 fl. C. M. ab aerario zugesichert und bis zum Jahre 1848 geleistet.

Die in Folge der Zehentaufhebung und Urbarial-Entschädigung verfügte Einstellung dieser Jahresrente veranlaßt die Rechtsnachfolger des Zehentkäufer, die Klage auf Fortzahlung dieser vertragsmäßigen Schadloshaltung zu erheben, wogegen das Akerar deren Liquidität bestreitet.

Laibach am 26. März 1867.

Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Neueste Post.

Wien, 26. März. Das „Fröbl.“ schreibt: Wir haben bereits gemeldet, daß bei den bevorstehenden Festlichkeiten in Ofen die meisten Souveräne durch besondere Krönungsbotschafter vertreten sein werden. Angemeldet sollen bereits Vertreter des Kaisers der Franzosen, des Kaisers von Rußland, des Königs von Preußen, des Königs von Italien, der Königin von Spanien, des Königs von Portugal, des Sultans sein. In diplomatischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß die Könige von Preußen und Italien sich durch Prinzen vertreten lassen werden. Man spricht von dem Prinzen Albrecht und den Prinzen Humbert. Die Krönung findet, wie wir erfahren, zwischen dem 20. und 30. Mai statt.

Die „Wiener Abendpost“ gibt folgende Mittheilung der Florentiner „Opinione“ an hervorragender Stelle: „Heute Abends (22. d.) geht Conte Cibrario nach Wien ab; seine Reise geht der des Prinzen Humbert um einige Wochen voran. In seiner Begleitung befindet sich der Cabinetsecourier Herr Anicelli.“

Triest, 27. März. Der hiesige Correspondent der „Allg. Ztg.“ vernimmt aus guter Quelle, daß die Zusammenstellung eines größeren Geschwaders unter dem Contre-Admiral Frhrn. v. Pöck im Zug ist.

Telegramme.

Wien, 26. März. In der Magnatensitzung wurde ein königliches Rescript verlesen, welches Baron Sennhey über dessen eigene Bitte vom Präsidium der Magnatentafel enthebt und Georg Majlath zum Präsidenten ernannt. Das Haus wird Baron Sennhey sein Bedauern über dessen Rücktritt ausdrücken. Dann wurden drei neue Schriftführer gewählt und zwar: Ba-

ron Alexander Apor, Graf Anton Staray und Graf Gedeon Nadah jun. In der Deputirten-sitzung sprachen: Miklosich, Szentkiralyi, Varady, Toth, Eszti, Gal und Ekanady. Den Kernpunkt der heutigen Debatte bildete die Rede Szentkiralyi's, der in schlagender Weise nachwies, daß die pragmatische Sanction durch das Majoritätselaborat nicht wesentlich geändert werde.

Prag, 26. März. (Fröbl.) Die Wahl der Großgrundbesitzer hat heute begonnen. Die Betheiligung ist eine außerordentliche, denn es sind 400 Wähler vertreten. (Die Gruppe des Großgrundbesitzes zählt im Ganzen 422 Wahlberechtigte.) Obmann der Wahlcommission ist Graf Hartig, Mitglieder derselben sind Fürst Lobkowitz, Pifst, Dambel, Fürst, August von Eisenstein, Limbeck, Roz und Mladota. Als Regierungskommissär fungirt Statthaltereivizepräsident Henniger statt des Kreischefs Freiherrn v. Mallowey.

Prag, 26. März, 6 Uhr Nachm. (Fröbl.) Vor dem Landtagsgebäude finden Ansammlungen statt, es herrscht unter den Czechen große Aufregung wegen des Vorsprunges, den die Verfassungspartei bisher bei den Wahlen errungen hat. Graf Hartig leitet in energischer Weise die Wahl. Mehrere eingebrachte Proteste wurden zurückgewiesen. — Es ist das Gerücht verbreitet, die „Politik“ werde suspendirt werden.

Prag, 26. März. (Fröbl.) Bis halb 9 Uhr Abends hatte die Verfassungspartei 77, die feudale 61, Stimmen. Die Betheiligung ist eine sehr zahlreiche. Die Feudalpartei, höchst erbittert, hat mehrfache Proteste abgegeben. Die Wahl dürfte drei Tage beanspruchen, Buchstabe D ist noch nicht beendet.

Berlin, 26. März. Die vom Könige gehaltenen Rede, welche derselbe beim Empfange der Minister an seinem Geburtstage hielt, hebt besonders den friedlichen Charakter der nächsten Aufgabe Preußens hervor. Preußen müsse in dem durch die preussischen Waffen durchpflügten Deutschland die Saat friedlicher Entwicklung streuen. Dies sei die Aufgabe des Königs für die ihm noch verbleibenden Jahre.

Paris, 26. März, Abends. Die Angelegenheit wegen Luxemburgs ist innewährend die Frage des Tages. Die „France“ sagt: Wenn wirklich Bourparlers wegen Luxemburgs stattfinden, so sollte der Patriotismus Conjecturen verbieten, welche die bezüglichen Schritte gefährden könnten. „Pays“ sagt: Selbst wenn es eine vertrauliche Mittheilung erhalten hat, werde es von der Luxemburg'schen Frage nicht sprechen.

Saag, 26. März. Die zweite Kammer votirte das Kriegsbudget und die Reorganisation des Vertheilungssystemes mit 54 gegen 14 Stimmen.

St. Petersburg, 26. März. Die hiesige „Senats-Zeitung“ meldet: Es wurde eine Declaration zwischen Rußland und Oesterreich ausgewechselt, wonach alle in Rußland und Oesterreich gegründeten Actiengesellschaften und commerciale Associationen, mit Ausnahme der Affecuranzen, in beiden Ländern Geschäfte treiben können und Rechtsschutz genießen. Ein kaiserlicher Ukas ordnet die Aufhebung des polnischen Reichsrathes an.

Telegraphische Wechselcourse vom 27. März.

5perc. Metalliques 58.70. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62.10. — 5perc. National-Anleihen 70.20. — Bankactien 729. — Creditactien 183.50. — 1860er Staatsanleihen 85.90. — Silber 126.50. — London 128.90. — A. l. Ducaten 6.09.

Das Postdampfschiff „Germania“, Capt. Schwenjen, ging, expedirt von Herrn August Volten, William Millers Nachf., am 23. März mit starker Ladung von Hamburg via Southampton nach New-York ab.

Angelommene Fremde.

Am 26. März.

Stadt Wien. Die Herren: Cuzzi, Handelsm., von Bistach. — Perz, Student, von Moravice. — Freyhälder, von Nabresina. — Gorenz und Marin, von Rudolfswerth. — Zombart, Herrschaftsbes., von Klagenfeld. — Graf Kotulinski, von Kreiz. — Scherouz, Landesger. Präsident, und v. Spomner, Telegraphen-Inspicior, von Triest. — Dr. Fuchs, Gewerksbes., von Kanter. — Elephant. Die Herren: Schiell, Kaufm., und Pogader, Handelsm., von Triest. — Löwberg, Kaufm., Zerisch, l. l. Rent., und v. Tittel, l. l. Hauptm., von Wien. — Verzig, l. l. Marine-Rent., von Pola. — Salomon, Fabricant, von Hamburg. — Gader, von Neumarkt. — Mair, Handelsm., von Landshut. — Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Kovac, Grundbes., von Seisenberg. — Rabitsch, Lebzelter, von Radmannsdorf. — Mohren. Herr Kovac, Wirth, von Sagor.

Theater.

Heute Donnerstag den 28. März:

Margarethe und Künftling.

Musikalisch-parodistische Burleske in 7 Bildern von Justus Sixtus.

Musik von Julius Hopp.

Morgen Freitag den 29. März:

Eine vornehme Ehe.

Schauspiel in 4 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Linien auf 30° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Wiederfall binnen 24 St. in Pariser Linien
6 U. Morg.	324.45	6.5	SW. schwach	trübe	
2 „ „	324.12	9.9	SW. schwach	trübe	0.66
10 „ Ab.	323.07	7.7	SW. schwach	trübe	

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann.